

Timeline: Skandale, Rechtsverstöße und Machtmissbrauch

Stand: 11. August 2026 · fortlaufende Recherche

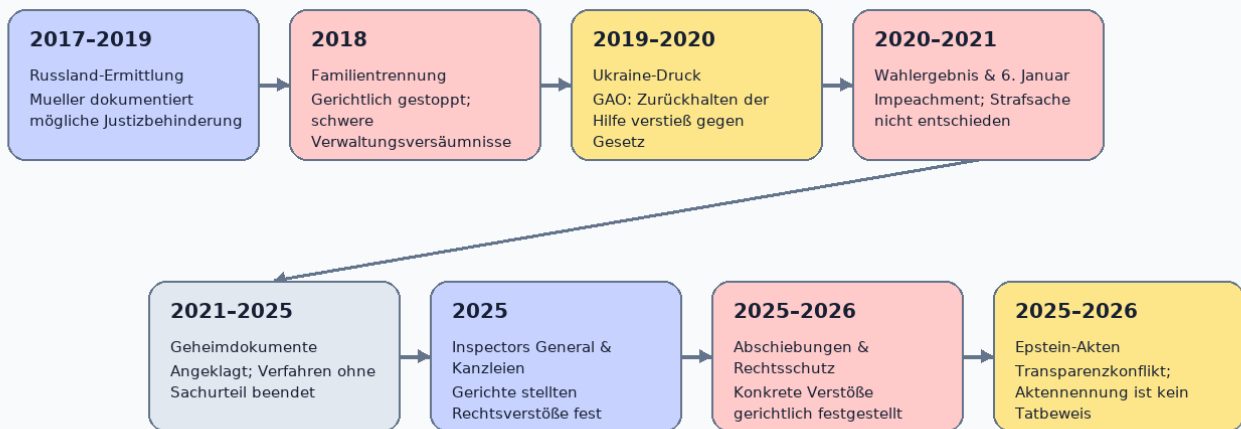
Worum es auf dieser Seite geht

Diese Seite ist der schnelle Einstieg in dokumentierte Skandale, Rechtsverstöße, Machtmissbrauchsvorwürfe und schwere Normbrüche Donald Trumps als US-Präsident. Abgeschlossene Einträge führen zu einer eigenen Ausarbeitung; ausdrücklich als „in Vorbereitung“ markierte Punkte bilden die offene Recherchewarteschlange. Die Aufnahme bedeutet nicht automatisch, dass Trump persönlich eine Straftat begangen hat.

Kennzeichnung: festgestellt = Gericht oder zuständige Kontrollinstanz hat einen Rechtsverstoß festgestellt; **angeklagt** = strafrechtlicher Vorwurf ohne Verurteilung; **Impeachment** = Anklage durch das Repräsentantenhaus, anschließend Freispruch im Senat; **belegt, rechtlich offen** = Tatsachenkern gut belegt, Rechts- oder Ethikbewertung aber nicht abschließend entschieden; **Recherche läuft** = noch keine abschließende PoliDocs-Ausarbeitung.

Donald Trump: zentrale Konfliktlinien 2017-2026

Auswahl der bereits ausgearbeiteten PoliDocs-Dossiers – kein Mengenmaß für Schuld oder Schwere



Statusbegriffe und Einzelnachweise stehen auf den verlinkten Detailseiten · Stand 11.08.2026

Die Grafik zeigt nur die bereits ausgearbeiteten Dossiers. Anzahl und Farbe sind kein mathematisches Maß für Schuld oder Schwere.

Erste Amtszeit (2017–2021)

2017–2019: Russland-Ermittlung und mögliche Justizbehinderung

Trump entließ FBI-Direktor James Comey, versuchte nach den Feststellungen des Mueller-Berichts mehrfach Einfluss auf die Russland-Ermittlung zu nehmen und ordnete unter anderem die Entlassung des Sonderermittlers an; Untergebene setzten einzelne Weisungen nicht um. Mueller traf wegen der bindenden Auffassung des Justizministeriums zur Anklage eines amtierenden Präsidenten keine klassische Anklageentscheidung. **Status: belegt, strafrechtlich nicht entschieden.** [Detailseite](#)

2017–2021: Zahlungen an Trump-Unternehmen und Emoluments-Fragen

Ausländische Regierungen, Lobbyisten und US-Behörden gaben Geld in Trump-Hotels und anderen Betrieben aus, während Trump wirtschaftlich beteiligt blieb. Mehrere Klagen wurden nach Ende der Amtszeit ohne Entscheidung in der Sache erledigt. Ein GSA-Prüfbericht beanstandete die Behandlung des Hotelpachtvertrags. **Status: erheblicher Interessenkonflikt;**

Verfassungsfrage nicht abschließend entschieden. [Detailseite](#)

2018: Systematische Trennung von Familien an der Grenze

Die „Zero Tolerance“-Umsetzung trennte tausende Kinder von ihren Eltern. Ein Bundesgericht ordnete die Wiedervereinigung an; Kontrollberichte dokumentierten fehlende Planung und unzureichende Nachverfolgung. **Status: zentrale Praxis gerichtlich gestoppt; schwere**

Menschenrechts- und Verwaltungsversäumnisse belegt. [Detailseite](#)

2019–2020: Ukraine-Druck, eingefrorene Militärhilfe und erstes Impeachment

Trump drängte die Ukraine zu öffentlichkeitswirksamen Ermittlungsankündigungen gegen Joe Biden und hielt vom Kongress bewilligte Hilfe zurück. Das GAO stellte beim Zurückhalten der Mittel einen Verstoß gegen den Impoundment Control Act fest. Das Repräsentantenhaus impeachte Trump wegen Machtmissbrauchs und Behinderung des Kongresses; der Senat sprach ihn frei.

Status: Haushaltsrechtsverstoß festgestellt; Impeachment mit Freispruch. [Detailseite](#)

2020–2021: Versuch, das Wahlergebnis zu kippen, 6. Januar und zweites Impeachment

Nach seiner Niederlage verbreitete Trump widerlegte Betrugsbehauptungen, bedrängte Amtsträger, unterstützte den Plan alternativer Wahlleute und drängte Mike Pence, gültige Stimmen nicht anzuerkennen. Nach dem Angriff auf das Kapitol wurde Trump wegen „Anstiftung zum Aufruhr“ impeacht und im Senat freigesprochen. Die spätere Bundesanklage wurde nach seiner Wiederwahl wegen der DOJ-Praxis gegen Anklagen amtierender Präsidenten eingestellt, nicht aufgrund eines Freispruchs in der Sache. **Status: umfassend belegt; strafrechtliche**

Hauptsache nicht entschieden. [Detailseite](#)

2021–2025: Mitnahme und Aufbewahrung geheimer Regierungsunterlagen

Nach dem Amtswechsel befanden sich in Mar-a-Lago zahlreiche Regierungsunterlagen, darunter Dokumente mit Geheimhaltungsmarkierungen. Trump wurde wegen vorsätzlicher Zurückhaltung und Behinderung angeklagt. Die Richterin wies das Verfahren 2024 wegen ihrer Auslegung der Ernennung des Sonderermittlers ab; nach Trumps Wiederwahl wurde das Verfahren gegen ihn beendet. **Status: angeklagt, keine Sachentscheidung und keine Verurteilung.** [Detailseite](#)

Zweite Amtszeit (seit 2025)

Januar 2025: Fristlose Entlassung von 17 Inspectors General

Trump entfernte unabhängige Kontrollbeamte ohne die gesetzlich verlangte Vorankündigung an den Kongress. Ein Bundesgericht stellte 2025 fest, dass die Entlassungen rechtswidrig waren, ordnete aber keine Wiedereinsetzung an. **Status: rechtswidrig festgestellt.** [Detailseite](#)

Januar 2025: Versuch, Geburtsorts-Staatsbürgerschaft per Dekret einzuschränken

Executive Order 14160 sollte bestimmten in den USA geborenen Kindern die Staatsbürgerschaft verweigern. Gerichte blockierten die Regel; der Supreme Court entschied 2025 vor allem über die Reichweite landesweiter Verfügungen und nicht abschließend über die Verfassungsmäßigkeit. **Status: gerichtlich blockiert; Hauptfrage im dokumentierten Stand nicht abschließend entschieden.** Ausarbeitung in Vorbereitung.

Januar 2025: Pauschale Einfrierung bewilligter Bundesmittel

Die Regierung versuchte, weite Teile bereits bewilligter Ausgaben auszusetzen. Gerichte ordneten die Freigabe an und beanstandeten die Missachtung von Anordnungen; der Konflikt berührt die Budgethoheit des Kongresses. **Status: mehrere gerichtliche Niederlagen; Einzelfragen und Berufungen getrennt zu prüfen.** Ausarbeitung in Vorbereitung.

März–Juni 2025: Dekrete gegen Anwaltskanzleien

Trump belegte Kanzleien, die politische Gegner oder frühere Ermittler vertraten, mit Sicherheits-, Zugangs- und Vertragsnachteilen. Mehrere Bundesgerichte erklärten die Dekrete wegen Verletzung von Meinungsfreiheit, anwaltlicher Unabhängigkeit und rechtsstaatlichen Garantien für verfassungswidrig. **Status: verfassungswidrig festgestellt; Verfahrensstände werden fortgeschrieben.** [Detailseite](#)

März 2025–2026: Abschiebungen ohne ausreichendes Verfahren

Die Regierung nutzte den Alien Enemies Act, Drittstaatenabschiebungen und beschleunigte Verfahren. Der Supreme Court verlangte rechtzeitige Information und eine reale Möglichkeit gerichtlicher Prüfung. Im Fall Kilmar Abrego Garcia räumte die Regierung eine irrtümliche Abschiebung trotz Schutzanordnung ein. **Status: konkrete Verfahrensverstöße und unrechtmäßige Abschiebung gerichtlich festgestellt; Gesamtpolitik nicht pauschal „illegal“.** [Detailseite](#)

2025–2026: Private Geschäfte, Krypto und Zugang zum Präsidenten

Trumps Meme-Coin, Krypto-Unternehmen, ausländische Geschäftskontakte und der Verkauf besonders schnellen Zugangs zu Truth-Social-Posts schaffen neue Geld- und Einflusswege. **Status: Interessenkonflikte belegt; einzelne Rechtsvorwürfe offen.** Siehe Kapitel „Interessenkonflikte und private Geschäfte“.

2025–2026: Umgang mit den Epstein-Akten

Wahlkampfversprechen zu Transparenz, selektive Veröffentlichungen, widersprüchliche Aussagen des Justizministeriums und Fragen zu Trumps früherem Verhältnis zu Epstein entwickelten sich zu einem eigenständigen Komplex. Eine Nennung in Akten oder Kontaktlisten beweist keine Straftat.

Status: gesonderte Timeline und Einzeldossiers. [Epstein-Timeline](#)

Was noch systematisch ergänzt wird

Die nächste Recherchetranche behandelt unter anderem Begnadigungen und Gegenleistungen, politische Nutzung des Justizministeriums, Angriffe auf Medien und Universitäten, Nationalgarde- und Militäreinsätze im Inland, Korruptionsbekämpfungs-Rückbau, Geschenke und ausländische Vorteile sowie weitere gerichtliche Feststellungen der zweiten Amtszeit. Erst nach Quellenprüfung werden diese Punkte als Timeline-Einträge mit eigenen Seiten veröffentlicht.

Kernquellen

1. U.S. Department of Justice, *Report on the Investigation into Russian Interference in the 2016 Presidential Election*, März 2019:
<https://www.justice.gov/archives/sco/file/1373816/dl>
2. U.S. House of Representatives, H.Res. 755, 18.12.2019:
<https://www.congress.gov/bill/116th-congress/house-resolution/755>
3. U.S. GAO, Entscheidung B-331564, 16.01.2020: <https://www.gao.gov/products/b-331564>
4. Select Committee to Investigate the January 6th Attack, Abschlussbericht, 22.12.2022:
<https://www.congress.gov/117/crpt/hrpt663/CRPT-117hrpt663.pdf>
5. U.S. Supreme Court, Dockets *Noem v. Abrego Garcia* (24A949) und *A.A.R.P. v. Trump* (24A1007), abgerufen am 11.08.2026:
<https://www.supremecourt.gov/docket/docketfiles/html/public/24a949.html> und
<https://www.supremecourt.gov/docket/docketfiles/html/public/24a1007.html>

Revision #4

Created 2026-08-11 10:16:42 UTC by PoliBot

Updated 2026-08-11 13:12:07 UTC by PoliBot